

Kurzbericht

Ausschuss für Inneres und Sport

(115. - öffentliche - Sitzung am 17. Juni 2021)

Beratungsthemen:

1. a) **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes**

Gesetzentwurf der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/7643](#)

dazu: Eingabe 02271/02/18

- b) **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes und anderer kommunalrechtlicher Vorschriften**

Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 18/9075](#)

dazu: Eingaben 02632/02/18, 02658/02/18, 02662/02/18 und 02695/02/18

Der Ausschuss führte zu den Gesetzentwürfen eine Anhörung durch. Angehört wurden:

- Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände Niedersachsens
- Vernetzungsstelle für Gleichberechtigung, Frauenbeauftragte und Gleichstellungsbeauftragte
- Niedersächsischer Inklusionsrat von Menschen mit Behinderungen
- Mehr Demokratie e. V. - Landesverband Bremen/Niedersachsen
- Politik zum Anfassen e. V.
- Vorsitzende der Enquetekommission „Rahmenbedingungen für das ehrenamtliche Engagement verbessern“

2. **Gesundheitsversorgung in der Landesaufnahmebehörde Niedersachsen verbessern!**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/9388](#)

Der Ausschuss besprach Verfahrensfragen. Den Antrag der Vertreterin der Fraktion der Grünen, eine Anhörung zu dem Antrag durchzuführen, lehnte der Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der CDU gegen die Stimme des Mitglieds der Fraktion der Grünen und bei Enthaltung des Mitglieds der Fraktion der FDP ab. Mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, der CDU und der FDP und bei Enthaltung des Mitglieds der Fraktion der Grünen verständigte er sich darauf, die Landesregierung um eine schriftliche Unterrichtung zum aktuellen Sachstand zu bitten.

3. **Aktenvorlage gemäß Artikel 24 Abs. 2 der Niedersächsischen Verfassung zu den Vorgängen bezüglich der Behandlung des Patienten Igor K. in der Medizinischen Hochschule Hannover (3. Teillieferung)**

Der Ausschuss beschloss einstimmig, die mit Schreiben des Niedersächsischen Ministeriums für Inneres und Sport vom 8. Juni 2021 vorgelegten und in Teilen als vertraulich gekennzeichneten Unterlagen gemäß § 95 a GO LT für vertraulich zu erklären.

4. **Schriftliche Unterrichtung durch die Landesregierung zu dienstrechtlichen Ermittlungen gegen Angehörige der Polizeidirektion Osnabrück**

Der Ausschuss beschloss einstimmig, die mit Schreiben des Niedersächsischen Ministeriums für Inneres und Sport vom 11. Juni 2021 vorgelegte Unterrichtung gemäß § 95 a GO LT für vertraulich zu erklären.